

Absender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen-Nr.

0175/2016/2

öffentlich

Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

zur Sitzung des
Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 05.07.2016

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016 (eingegangen am 19.04.2016) zur Verabschiedung einer Resolution gegen den Betrieb von Atomkraftwerken in Belgien

Inhalt:

Mit Schreiben vom 18.04.2016 (eingegangen am 19.04.2016) beantragt die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, der Rat der Stadt Bergisch Gladbach möge eine „Resolution“ verabschieden, welche sich gegen den Betrieb der Atomkraftwerke in Belgien richtet. Das Schreiben der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ist dieser Vorlage mitsamt Resolutionstext als Anlage beigefügt. Der Antrag ist vom Rat in seiner Sitzung am 03.05.2016 zuständigkeitshalber an den AUKIV überwiesen worden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die in der Resolution erhobenen Forderungen lassen sich von der Stadt Bergisch Gladbach nicht durchsetzen, weil diese ausschließlich belgisches Recht berühren. Die Energiepolitik in der EU ist ausnahmslos Sache der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Daher darf in diesem Bereich jedes Mitglied nach eigenen Vorstellungen verfahren.

Es liegt demzufolge im Ermessenen des Rates, ob er mit der Verabschiedung einer Willenserklärung die Verhandlungen der Bundesregierung symbolisch bzw. die Bemühungen der Landesregierung NRW und der Städteregion Aachen solidarisch unterstützen will, die jeweils zum Ziel haben, die beiden belgischen Atommeiler „bis zur Klärung offener Sicherheitsfragen“ abschalten zu lassen.

Im AUKIV wurde am 14.06.2016 eine Aussprache zum Antrag hinsichtlich der inhaltlichen Zuständigkeiten der Stadt Bergisch Gladbach sowie dem Für und Wider eines wahrnehmbaren Effektes einer solchen Resolution geführt. Es wurde u. a. auf die diesbezüglich bereits laufenden Bemühungen von Landes- und Bundesregierung hingewiesen. Nach Abwägung aller genannten Belange wurde mehrheitlich mit 13 Stimmen aus CDU (4), SPD (4), Bündnis 90/Die Grünen (4) sowie Die Linke mit Bürgerpartei GL (1) die Empfehlung zur Annahme des Antrages an den Rat beschlossen. Gegen die Empfehlung votierten 4 Ausschussmitglieder aus CDU (3) sowie FDP (1) bei 2 Enthaltungen aus CDU (1) und ALFA (1).

Die formulierte Resolution ergibt sich aus dem beigefügten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.